



Rede

von

Staatsministerin Christa Stewens

zur Fachtagung

„Bürgerschaftliches Engagement und Integration“

Augsburg, den 27. Oktober 2006

Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Es gilt das gesprochene Wort

Begrüßung

Sehr geehrte Frau Prof. Straßburger, sehr geehrter Herr Dr. Röbbke, sehr geehrter Herr Groß, sehr geehrter Herr Dr. Hummel, sehr geehrter Herr Markwirth, sehr geehrte Damen und Herren,

die heutige Integrationsveranstaltung hier in Augsburg ist ein wichtiger Baustein in der Diskussion um die Integration von Migrantinnen und Migranten. Ich danke dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Bundesnetzwerk, dem Bündnis für Augsburg und den Civitas-Botschaftern dafür, dass Sie sich des Themas „Bürgerschaftliches Engagement von und mit MigrantInnen“ gerade auch mit dieser Veranstaltung angenommen haben.

**Integration als
Zukunftsauf-
gabe**

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Gelingen von Integration eine ganz zentrale Zukunftsaufgabe ist. Bürgerschaftliches Engagement kann zur Bewältigung dieser Aufgabe wesentlich beitragen. Die heutige Tagung soll aufzeigen, welche Wege wir dabei gehen können.

**Integration –
Aufgabe aller
gesellschaftli-
cher Gruppen**

Integration wird von der Politik zu Recht als Schwerpunkt- und Querschnittsaufgabe angesehen. Integration ist ein Aufgabenfeld, das uns alle berührt, das uns alle angeht und bei dem wir uns gemeinsam um Lösungen bemühen müssen. Integration ist eine große gesellschaftliche Herausforderung. Integration muss von der einheimischen Bevölkerung genauso bewältigt werden wie von den zugewanderten Bürgerinnen und Bürgern. Integration geht uns alle an und Integration kann nur im gemeinsamen Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen gelingen.

**Integration fin-
det seit jeher
statt**

Natürlich ist Integration kein neues Phänomen. Vielmehr findet Integration seit jeher statt, und ich denke, im Großen und Ganzen ist die Integration auch gut vorangekommen. Dennoch dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass es nach wie vor Integrationsdefizite gibt - gerade bei Menschen, die aus vollkommen anderen Kulturkreisen zu uns kommen.

Bürgerschaftliches Engagement leistet wichtigen Beitrag

Der Integrationsgipfel, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel vor gut drei Monaten nach Berlin eingeladen hatte, konnte das öffentliche Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Themas stärken. Mit dem Integrationsgipfel wurde der Anstoß gegeben, Migration und Integration auf breiter Ebene zu diskutieren. In sechs Arbeitsgruppen zu wichtigen Handlungsfeldern wie Sprache, Bildung, Ausbildung und Integration auf der örtlichen Ebene sollen nunmehr Lösungsansätze entwickelt werden. Eine Arbeitsgruppe ist speziell dem Thema gewidmet, die Bürgergesellschaft zu stärken. Hier sind wir aktuell wieder beim heutigen Anlass, dieser Fachtagung, und der Frage nach dem Beitrag, den bürgerschaftliches Engagement zum Gelingen von Integration leisten kann.

Anrede,

Integration im Dialog

meine Ausführungen stehen unter dem Motto „Integration im Dialog“. Dies ist auch das Leitmotiv des Bayerischen Integrationsforums, das die Bayerische

Staatsregierung mit der Auftaktveranstaltung am 1. Oktober 2004 ins Leben gerufen hat. Auf das Forum komme ich später noch ausführlicher zu sprechen. Das Motto „Integration im Dialog“ macht m. E. kurz und prägnant deutlich, worauf es entscheidend ankommt, wenn Integration gelingen soll:

**Alle müssen
Integration
wollen**

- An erster Stelle ist meines Erachtens hervorzuheben, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist. Ich habe es bereits erwähnt: Alle Beteiligten – Einheimische und Zuwanderer – müssen Integration wollen und sich selbst einbringen.

**Rechte und
Pflichten**

- Frägt man – zweitens – danach, was Integration bedeutet, so geht es um die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland. Dies schließt Rechte und Pflichten für die Zuwanderer mit ein. Dies heißt insbesondere auch, die gebotenen Möglichkeiten zur Integration anzunehmen.

Gefahr der Überforderung

- Wichtig ist – drittens – , die einheimische Bevölkerung einzubeziehen, denn Integrationspolitik ist angewiesen auf gesellschaftliche Akzeptanz. Integrationspolitik muss deshalb auch Rücksichten nehmen, sie darf die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft nicht überfordern.

Normen und Werte müssen akzeptiert werden

- Viertens erfordert Integration das Bewusstsein und die Bereitschaft der Zuwanderer, sich auf das Leben in einer mitteleuropäischen Gesellschaft einzulassen. Zuwanderer müssen die hier geltenden Werte und Normen nicht nur respektieren, sondern sie müssen sie im Sinne einer Hinwendung zu Deutschland auch aktiv unterstützen. Im Ergebnis heißt das: Zuwanderer müssen sich mit diesem Land identifizieren und es darf nicht zu Abschottungstendenzen und Parallelgesellschaften kommen.

Deutsche Sprache wichtig

- All dies geht – fünftens – einher mit Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Zuwanderer für das

tig

Gelingen der Integration. Vor allem der Erwerb der deutschen Sprache ist eine – wenn nicht gar die - entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Hilfestellung

- Selbstverständlich – und dies als letzter, gleichwohl wesentlicher Punkt – erfordert Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch Hilfestellungen, insbesondere zum Spracherwerb oder zum Einstieg in die Arbeitswelt sowie bei der gesellschaftlichen Partizipation.

Diese Hilfen werden auf vielfältige Weise gewährt, und gerade die gesellschaftliche Integration wäre ohne bürgerschaftliches Engagement nicht so weit fortgeschritten.

Kontakt finden

Anrede,
gesellschaftliche Integration entsteht durch Kontakte in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, beim Sport, in Vereinen. Voraussetzung dafür sind aber ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Ich erwähnte es

bereits: Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Es geht um

- Verstehen und Verstandenwerden, es geht um
- die Verständigung, auch um Konflikte vermeiden oder aber verbal austragen zu können, und es geht letztlich um
- die gesellschaftliche Anerkennung.

Nur wer ausreichend gut Deutsch spricht, kann die Bildungschancen, die sozialen und kulturellen Angebote sowie die Partizipationsmöglichkeiten auf allen gesellschaftlichen Ebenen nutzen.

Integration findet vor Ort statt

Integration findet vor Ort statt. Zentraler Ort der Integration sind daher die Kommunen. Und die Kommunen stellen sich in vielfacher und anerkennenswerter Weise dieser Herausforderung.

Dabei spielt bürgerschaftliches Engagement eine große Rolle, denn Integration bedeutet ja in erster Li-

nie Begegnung zwischen Menschen verschiedener Kulturen und Einbeziehung der Zuwanderer in die vorhandenen Strukturen.

Wechselseitiger Prozess

Dass bürgerschaftliches Engagement – wie auch Integration selbst – als wechselseitiger Prozess stattfinden muss und ja auch praktisch so stattfindet, kann die heutige Tagung eindrucksvoll veranschaulichen. Sie haben heute Vormittag sowohl vom freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten gehört, wie auch vom freiwilligen Engagement für Migrantinnen und Migranten, um die Integration voranzubringen. Die sich gleich anschließenden Arbeitsgruppen werden durch Praxisbeispiele die verschiedenen Ansätze vertiefen.

Anrede,

lassen Sie mich an dieser Stelle einige Zahlen aus dem Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums nennen, der das freiwillige Engagement des Jahres 2004 abbildet:

Nur 23 % Engagementquote

37 % der deutschen Bevölkerung engagieren sich laut Freiwilligensurvey bürgerschaftlich. Die Vergleichsquote bei den befragten Migrantinnen und Migranten beträgt 23 %. Andere Studien, die sich auf Befragungen in der Muttersprache beziehen, ermitteln einen Wert von nur gut 10%.

Höhere Beteiligung mit höherem Bildungsniveau

Hierzu muss man wissen, dass die Ergebnisse für den Freiwilligensurvey auf deutschsprachigen Telefoninterviews beruhen und sich vergleichsweise viele formal höher gebildete Migrantinnen und Migranten mit entsprechenden deutschen Sprachkenntnissen an der Umfrage beteiligt haben.

Hieraus resultiert wohl auch, dass bei der Frage, wo man sich engagiert, erfreulicherweise Schule und Kindergarten, also der Bereich Bildung, an erster Stelle steht, noch vor den Themenfeldern Sport und Bewegung.

25 % wären zu-

Die Befragung zeigte erfreulicherweise auch, dass vielfach die Neigung besteht, sich verstärkt bürger-

**sätzlich bereit
etwas zu tun**

schaftlich engagieren zu wollen. 17 % der Migrantinnen und Migranten äußerten bei den Interviews grundsätzlich die Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren. Weitere 25 % erklärten, sich eventuell freiwillig engagieren zu wollen. Die Bereitschaft, sich für andere zu engagieren, ist also vorhanden - wir müssen diese Bereitschaft nur aktivieren.

**41 % der enga-
gierten Migran-
ten sind bei
Kindern und
Jugendlichen
aktiv**

Betrachtet man das Ergebnis der Befragung näher, so zeigt sich, dass sich 41 % der genannten bürgerschaftlich engagierten Migranten sich dem bereits erwähnten Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zuwenden. Bildung steht auch bei einem Drittel der engagierten Deutschen im Vordergrund. Dieses Aufgabenfeld spielt also erfreulicherweise für das freiwillige Engagement in der Integrationsförderung eine wichtige Rolle:

**Strukturen be-
stehen teilwei-**

In 15 bayerischen Kommunen bestehen - teilweise schon seit über 20 Jahren - Einrichtungen, die mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus-

**se seit mehr
als 20 Jahren**

ländischen Kindern bei der Erledigung ihrer Hausaufgaben und bei der Verbesserung der Sprachkenntnisse helfen. Ca. 400 Ehrenamtliche sind dort regelmäßig tätig. Auch Helferinnen und Helfer des freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) engagieren sich in diesen Einrichtungen.

**Hausaufga-
benhilfe**

Die seit Jahresbeginn 2006 eingeführte Hausaufgabenhilfe mit Schwerpunkt Deutschförderung für Schülerinnen und Schüler in Sprachlernklassen, Übergangs- und Eingliederungsklassen kann ebenfalls dem bürgerschaftlichen Engagement zugerechnet werden. Diese zusätzlich zum regulären Unterricht und zur schulischen Sprachförderung angebotene Deutschnachhilfe wird von engagierten Kräften geleistet und soll den Übertritt in die Regelklasse erleichtern.

Integrations-

Anrede,
lassen Sie mich neben diesen beiden Beispielen bürgerschaftlichen Engagements für Kinder mit Migrati-

**und Auslän-
derbeiräte**

onshintergrund nochmals zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten selbst kommen: Es gibt in zahlreichen bayerischen Kommunen Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte, also Gremien, die sich für die Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens auf der kommunalen Ebene einsetzen. Dieses bürgerschaftliche Engagement der Beiratsmitglieder erfordert neben fachlicher Kompetenz die Bereitschaft, eine große zeitliche Beanspruchung auf sich zunehmen, denn die Anforderungen auf kommunaler Ebene sind äußerst vielfältig. Einige Mitglieder engagieren sich darüber hinaus im bayerischen Zusammenschluss der Ausländerbeiräte - der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns. Auch dies ist eine anspruchsvolle Tätigkeit im Rahmen der Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten.

Spätaussiedler

Explizit erwähnen möchte ich auch das Engagement derjenigen Migranten, die als Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu uns kom-

men. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist die Dachorganisation für diese Menschen und sie versucht ebenfalls, durch bürgerschaftliches Engagement ihrer Mitglieder die Integration der bei uns lebenden Spätaussiedlerfamilien zu erleichtern. Das Sozialministerium hat zusammen mit der Landsmannschaft ein Fortbildungsangebot für die Ehrenamtlichen entwickelt, und erst am vergangenen Wochenende fand hierzu eine Veranstaltung im schwäbischen Reimlingen statt.

Anrede,

**Seit 2 Jahren
ist das Landesnetzwerk
BE bei der Migration aktiv**

Wie ich eingangs erwähnte, fand vor zwei Jahren auf der Landesebene die Auftaktveranstaltung des Bayerischen Integrationsforums statt. Vertreter von Landesorganisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen waren seinerzeit beteiligt, darunter auch das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Verband für interkulturelle Arbeit, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns und der Bund

der Vertriebenen.

Idee Infobörse

Alle Bezirksregierungen haben inzwischen zu zahlreichen Integrationsforen eingeladen, um die „Integration im Dialog“ voranzubringen. Die Regierung von Schwaben entwickelte für ihre Homepage dazu außerdem die Idee einer „Infobörse“, mit deren Hilfe Integrationsprojekte in Schwaben orts- oder bereichsbezogen abgefragt werden können. Andere Regierungen haben diese Idee bereits aufgegriffen und auch für ihren Regierungsbezirk eine Erfassung der Integrationsprojekte veranlasst. Aufgrund dieser „Infobörsen“ werden die zahlreichen und vielfältigen Initiativen zur Integration sichtbar, Zusammenarbeit und Vernetzungen werden leichter möglich.

Neue Impulse geben

Durch diese Aktivitäten in allen Landesteilen und auf der örtlichen Ebene erhält Integration immer neue Impulse. Unser Integrationsforum unter dem Motto „Integration im Dialog“ will hierfür einen fruchtbaren Boden bereiten. Und ich bin mir sicher: Gemeinsam

und mit dem Engagement unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger können wir Integration erfolgreich gestalten. In diesem Sinne wünsche ich der heutigen Veranstaltung weiterhin einen guten und erfolgreichen Verlauf.